



Landtags-Infoblatt

Werden Engpässe bei Geburten bald Normalität?

Claudia Klimt-Weithaler: „Engpass im Sommer war Warnsignal – Plan ist unausgegoren“

Der wiederholte Aufnahme-stopp an der Geburtenstation des LKH Graz sowie die Entwicklung der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen waren Schwerpunkte der KPÖ im Rahmen der gesundheitspolitischen Debatte am 19. September 2017 im Landtag Steiermark.

Die KPÖ-Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg setzten sich dafür ein, den RSG (Regionaler Strukturplan Gesundheit) in mehreren Punkten zu korrigieren.

Im Sommer dieses Jahres zeigte sich, dass die Kapazitäten der Grazer Geburtenstation erschöpft sind. Mehrmals wurde ein Aufnahmestopp verhängt und Rettungen wurden aufgefördert, in den Wehen liegende Frauen in andere Spitäler umzuleiten. Als Ausweichspitäler wurden Leoben, Feldbach und Deutschlandsberg genannt. Die Geburtenstationen in Bruck an der Mur, Voitsberg und Wagna wurden bekanntlich vor kurzem stillgelegt. Die Mitarbeiter der Geburtenstation am Grazer LKH arbeiten permanent am Limit. Die Situation ist laut Medienberichten ext-

rem angespannt. Verantwortliche Medizinerinnen und Mediziner hatten schon in der Vergangenheit darauf aufmerksam gemacht, dass eine weitere Reduktion der Betten und Kapazitäten nicht möglich sei. Trotzdem sieht der neue RSG 2025 eine weitere Bettenreduktion in der Geburtenstation am LKH Graz vor.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die von der steirischen Landesregierung mit aller Gewalt betriebene ‚Spitalsreform‘ ist unausgegoren, wie die Ereignisse dieses Sommers zeigen. Versorgungsengpässe, vor denen die KPÖ von Anfang an gewarnt hat, sind leider inzwischen Realität. Der Aufnahmestopp der Geburtenstation im LKH Graz hat die Öffentlichkeit wachgerüttelt.“ Die KPÖ fordert daher in einem Antrag, die Kapazitäten der Geburtenstation am LKH Graz zumindest im bestehenden Ausmaß zu erhalten und den RSG 2025 entsprechend anzupassen. Darüber hinaus ist es geboten, die Wiedereröffnung von Geburtenstationen in den Regionen zu prüfen, die leichtfertig geschlossen wurden. SPÖ und ÖVP lehnten diesen Vorschlag ab, FPÖ und Grüne unterstützten ihn.



KO Claudia Klimt-Weithaler



Foto: KAGES

Das LKH Rottenmann zählt zu den schwer gefährdeten Spitalern.

Spitäler: Bezirk Liezen droht Kahlschlag

Entsprechend den Plänen von Gesundheitslandesrat Drexler sollen die bestehenden Spitalstandorte Bad Aussee, Rottenmann und Schladming stillgelegt und durch ein einziges Spital bei Trautenfels ersetzt werden. Die Schließung der Standorte im flächenmäßig größten Bezirk Österreichs würde lange Anfahrtswege und viele Probleme für Bedienstete, PatientInnen und deren Angehörige verursachen. Die angekündigten Gesundheitszentren werden in absehbarer Zukunft die Spitäler nicht ersetzen können. Ein Antrag der KPÖ zielte darauf ab, die bestehende Spitalstruktur im Bezirk Liezen zu erhalten. SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten dagegen.

Luxusmiete für Gesundheitsfonds

Dem Jahresbericht 2016 des Gesundheitsfonds Steiermark war zu entnehmen, dass der Verwaltungsaufwand im Jahr 2016 533.995,45 Euro betrug. Dieser beinhaltet laut Bericht die Mietaufwendungen für die Geschäftsstelle, die in der Herrngasse 28 untergebracht ist.

Außerdem fallen darunter die Nutzung der IT-Services des Landes, Büromaterial, Internet, Dienstreisen, Tagungsgebühren und Reinigungskosten. Auffällig dabei sind die extrem hohen Mietkosten. Bis 2013 war der Gesundheitsfonds in der Grazer Friedrichgasse untergebracht, die

Mietkosten betragen in diesem Jahr 83.894,88 Euro. Nach der Übersiedlung der Büros in die Herrngasse ist der Mietaufwand nun wesentlich höher. 2016 betrug dieser 143.161,79 Euro.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler befragte dazu im Landtag Gesundheitslandesrat Drexler. „Die Kostensteigerung ist angesichts des Spardrucks im Gesundheitsbereich fragwürdig und aufklärungsbedürftig. Bei 143.000 Euro muss von einer Luxusmiete gesprochen werden.“ Drexler konterte, es handle sich um eine „günstige Miete“.

Smart Meter: KPÖ für Wahlfreiheit

Ab Ende 2017 soll die Mehrheit der steirischen Haushalte laut Energie Steiermark mit sogenannten „intelligenten Stromzählern“ („Smart Metern“) ausgestattet werden.

Obwohl die EU, auf die die Einführung zurückgeht, die Möglichkeit des Verzichts („Opting Out“) vorsieht, gilt in Österreich, dass alle Haushalte mit den neuen Geräten ausgestattet werden – diese würden allerdings auf Wunsch nicht aktiviert. Die KPÖ tritt für eine echte Wahlfreiheit ein und hat dazu auch einen Antrag in den Landtag eingebracht. Mit dem Smart Meter droht nicht nur eine Aushöhlung der Privatsphäre, die steirischen Haushalte müssen letztendlich auch die Kosten für die Umrüstung tragen. Die Stromzähler sind aus vielen Gründen kritisch zu sehen. Neben der durchaus nützlichen Möglichkeit, den Stromverbrauch viertelstündlich abzulesen und damit Stromfresser aufzuspüren, erwiesen sich „Smart Meter“ bei weitem nicht so umweltfreundlich wie die Hersteller angeben:

• Haushalte werden „gläsern“, weil der Stromverbrauch detaillierte Rückschlüsse über das Privatleben zulässt. Mit den Stromzählern wird eine Flut an Daten gewonnen, die sich der Kontrolle durch die Stromkundinnen und -kunden entziehen.

- Die neuen Zähler verbrauchen – im Unterschied zum bisher eingesetzten Ferraris-Zähler – selbst Strom für den

Eigenbetrieb, sind wartungsintensiver und haben eine wesentlich kürzere Lebensdauer. Dadurch relativiert sich bei flächendeckendem Einsatz der vermeintliche energiepolitische Nutzen dieser Technologie.

- Da Smart Meter über das Internet abgelesen und gesteuert werden, stellen sich auch viele Fragen in Zusammenhang mit Manipulationen, etwa durch Hackerangriffe.

Ein Zähler kostet rund 350 Euro. Die Zähler müssen zwar beim Einbau nicht selbst bezahlt werden, die Energiekonzerne werden sich das Geld aber über die Netzkosten zurückholen, also indirekt über den Strompreis.

Vor diesem Hintergrund hat die KPÖ am 3. Oktober im zuständigen Ausschuss des Landtags gefordert, vom zwangsweisen Einbau der Smart Meter abzusehen. Es wurde beschlossen, dazu eine Stellungnahme der Landesregierung einzuholen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Die Menschen müssen das Recht ha-

Kultur wird ausgehungert

Inflationsbereinigt wurde das steirische Kulturbudget seit 2006 um 12 Mio. Euro gekürzt. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler warnte angesichts der vorliegenden Zahlen von einem langsamen Aushungern der steirischen Kulturszene.

„Das ist keine gute Entwicklung“, betonte Klimt-Weithaler: „Kultur ist kein Luxus, sie bereichert das Leben aller und sichert tausende Arbeitsplätze, weit über den Kreis der Kulturszene hinaus. Das möchte ich der Landesregierung in Erinnerung rufen. Ein eingefrorenes Budget führt dazu, dass noch mehr Menschen unter prekären Bedingungen leben und arbeiten müssen.“

ben, selbst zu entscheiden, ob sie auf Smart Meter umsteigen oder nicht. Ich erwarte mir, dass das auch in der Stellungnahme der Landesregierung zum Ausdruck kommt.“



KMI aus der deutschsprachigen Wikipedia, CC BY-SA 3.0

Die traditionellen Stromzähler haben viele Vorteile

Land erleichtert Zugang zur Lehrlingsbeihilfe

LAbg. Werner Murgg: „Höchste Zeit, etwas für Lehrlinge zu tun!“

Nach einer KPÖ-Anfrage vom Mai 2017 erleichtert die zuständige Landesrätin Kampus den Bezug der Lehrlingsbeihilfe. Zuletzt haben immer weniger Jugendliche einen Anspruch auf diese Unterstützung gehabt. Nach einer Evaluierung der Lehrlingsbeihilfen in den Jahren 2014

bis 2016 wurde nun eine Anpassung der Einkommensgrenzen zur Gewährung der Lehrlingsbeihilfe vorgenommen. Ab 2018 wird die maximale monatliche Nettolehrlingsentschädigung von 900 Euro sowie das jährliche maximale Familieneinkommen von 26.500 Euro als Obergrenze zur Gewährung der Lehrlingsbeihilfe festgelegt.

Dadurch können mehr Lehrlinge als bisher Lehrlingsbeihilfe beziehen. Die KPÖ hat sich seit langem dafür eingesetzt. „2014 haben noch 500 steirische Lehrlinge Beihilfe bezogen, 2016 nur noch 400. Auch die durchschnittliche Höhe der Unterstützung ist zurückgegangen, obwohl es viele gibt, die diese Unterstützung dringend brauchen. Es war höchste Zeit, dass etwas für diese Jugendlichen getan wird“, so KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg.

Steirisches Landesbudget bleibt undurchsichtig

Werner Murgg: „Landeshaushalt ist nur bei Transparenz und Informationsgehalt sparsam“

Sowohl die Landtagsabgeordneten als auch die Bevölkerung haben das Recht auf Einblick in den Landeshaushalt. Im Oktober stellte Finanzlandesrat Lang (SPÖ) das Budget für 2018 vor, im Dezember folgt der Beschluss durch den Landtag. Wie bereits in den vergangenen Jahren sind dem Budget kaum nachprüfbare Zahlen zu entnehmen.

- Wie hoch sind die Kosten für die Bezüge der Politikerinnen und Politiker?
 - Wie hoch sind die Aufwandsentschädigungen und Reisekosten der Landesregierung?
 - Wie hoch sind die Ausgaben für die Parteienförderung?
 - Wie viel kosten das Steiermark-Büro in Brüssel und die Dienstaufgaben der Landesregierung?
 - Wie viel Geld wird für die Sanierung von Brücken ausgegeben? – Früher war dies alles im Budget ablesbar.
- Seit der „Haushaltsreform“ unter der ehemaligen Finanzlandesrätin Vollath (SPÖ) ist undurchsichtig geworden, was zuvor transparent war. Dem Landtag

und der interessierten Öffentlichkeit wurde der Einblick in das Zahlenwerk nahezu komplett entzogen. Dass dies nichts mit dem Doppik-System zu tun hat zeigt das Beispiel des Bundesbudgets. Im Bundeshaushaltsgesetz ist geregelt, dass Detailbudgets dem Nationalrat und der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und auf der Webseite des Bundesministeriums für Finanzen zu veröffentlichen sind. Die KPÖ hat beantragt, dass eine entsprechende Regelung auch in der Steiermark eingeführt wird.

„Zumindest könnte die Regierung beim Budget mit Papier sparen: Damit die gedruckte Fassung eindrucksvoll aussieht, wird sie mit unzähligen Tabellen versehen, die nur mit Nullen gefüllt sind und daher keine Aussagekraft besitzen“, so LAbg. Werner Murgg.



Werner Murgg

 Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Kindergärten: PädagogInnen unter Druck

In einem offenen Brief machten steirische Kindergartenpädagoginnen vor kurzem auf ihre Arbeitsbedingungen aufmerksam. Sie kommen ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit tagtäglich unter großem Druck nach. Immer weniger wollen deshalb diesen Beruf ergreifen. Das Land muss im In-

teresse der steirischen Kinder und Familien handeln.

Auslöser für den Gang an die Öffentlichkeit war ein Urteil gegen einen Kindergarten, in dem sich ein Kind beim Turnen verletzt hat. Die Pädagogin war mit einer zu großen Gruppe allein. Es liegt auf der Hand: Wir brauchen eine deutliche Senkung der Kinderhöchstzahl und eine Freistellung von Leiterinnen in größeren Einrichtungen. Mehr Vorbereitungsstunden sind ebenso nötig, aber auch mehr Krankenstands-

vertretungen, damit es nicht immer wieder zu Unterbesetzungen kommt. Auch für eine angemessene Bezahlung kämpfen die Pädagoginnen schon lange. Zur Recht: Ich finde es beschämend, dass jene, denen wir unsere Kinder anvertrauen weniger verdienen, als jene, denen wir unser Geld anvertrauen. Die KPÖ hat immer wieder auf diese Mängel aufmerksam gemacht. Der letzte Antrag wurde erst im Juli 2017 eingebracht, er enthält genau diese Forderungen. Eine Stellungnahme der zuständigen Landesrätin Ursula Lackner (SPÖ) ist noch ausständig. Es muss offenbar erst etwas passieren, damit reagiert wird.

Wir haben bereits 2007 als einzige Partei gegen viele Verschlechterungen im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen gestimmt. Und wir sind nach wie vor davon über-

zeugt: Eine gute Kinderbetreuung ist eine der wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Die Qualität der Betreuung wird durch die hervorragende Arbeit der PädagogInnen sichergestellt, die Politik muss für die Rahmenbedingungen sorgen. Diese müssen dringend verbessert werden! Es ist erfreulich, dass sich Landesrätin Lackner und die Parteien im Landtag dazu bekennen. Aber es wird darauf ankommen, was wirklich umgesetzt wird.

Claudia Klimt-Weithaler



KPÖ für Rückkehr zur Wohnbeihilfe

Die 2016 in der Steiermark eingeführte Wohnunterstützung ist kein geeigneter Ersatz für die unter Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) abgeschaffte Wohnbeihilfe. Das System ist für die meisten Betroffenen schlechter, kostet aber mehr. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler fordert deshalb eine Rückkehr zur Wohnbeihilfe.

Neben tausenden Studierenden sind Alleinerzieherinnen von den Kürzungen betroffen, da bei der Berechnung der Wohnunterstützung die Familienbeihilfe als Einkommen gerechnet wird. Die KPÖ wird sich weiterhin für die Abschaffung dieser ungerechten Regelung stark machen.

Auch nach der WAHL: Wohnen darf nicht arm machen!

Auch nach der Wahl setzt sich die KPÖ für leistbares Wohnen ein. Der überdurchschnittliche Anstieg der Mietpreise, der vor allem den arbeitenden Menschen das Leben schwer macht muss eingedämmt werden!

Die Menschen sind enttäuscht von einem politischen System,

das sich immer korrupter gebärdet und statt konkreter Verbesserung des Lebens die billige Show einiger Politiker anbietet.

Mit 10.000 Unterschriftensammlung soll der neue Nationalrat

gleich mit dem Thema Wohnen konfrontiert werden. Eine Mietzinsobergrenze ist notwendig! Bitte machen Sie von der Unterschriftenliste Gebrauch – auch nach der Wahl!

KPÖ

www.kpoe-steiermark.at



Claudia Klimt-Weithaler

www.kpoeplus.at

Wohnen darf nicht *arm* machen.

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

| Name | Adresse | Geburts-Datum | Datum der Unterstützung | Unterschrift |
|------|---------|---------------|-------------------------|--------------|
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |



Unterschriften bitte an KPÖ, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.
Tel. 0316 / 71 24 79 • Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at

Glücksspiel: „Wettengesetz neu“ nach jahrelangem Druck der KPÖ

Ob Glücksspielautomaten oder sogenannte Sport- und Livewetten, für Spielsüchtige existierten in der Steiermark kaum gesetzliche Schutzmaßnahmen. An die 50-Cent-Grenze hielt sich kaum ein Anbieter. Nachdem dieser Bereich seit 2015 neu geregelt ist, wird der Landtag im Herbst eine längst überfällige Neufassung des Wettengesetzes beschließen.

Neue Regeln bei Wetten:

- WettkundInnen müssen sich unter Vorlage eines Ausweises eine Karte ausstellen lassen.
- Personen unter 18 Jahren sind von Wetten ausgeschlossen.
- Eine Selbstsperrung ist ohne Angabe von Gründen möglich. Darüber hinaus muss der Wettanbieter von sich aus KundInnen sperren, wenn diese durch Wetten ihre Existenz gefährden.
- Verboten werden Wetten

während laufender Ereignisse („Livewetten“), ausgenommen auf das Ergebnis, sowie Wetten, welche die Menschenwürde verletzen oder auf Kinder und Jugendliche abzielen.

Fast alle Forderungen der KPÖ wurden im neuen Gesetz übernommen. Der erste Entwurf wurde in mehreren Punkten verbessert. Aufgrund dessen werden die Abgeordneten der KPÖ der Neuregelung ihre Zustimmung geben – auch deshalb, weil diese Form des Glücksspiels in der Steiermark bisher kaum reglementiert war.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: *„Es ist erfreulich, dass das Land den Bereich der Wetten endlich regelt und Schutzbestimmungen einführt. Wir setzen uns dafür schon lange ein. Entscheidend ist, dass das Land die Einhaltung der Bestimmungen auch durchsetzt. Bei den Spielautomaten ist das bisher nicht gelungen.“*

Keine Zustimmung zum Wettterminalabgabegesetz 2018

Gleichzeitig wird der Landtag auch das Wettterminalgesetz ändern. Hauptargument dafür sind die angeblich „prohibitiv hohen“ Abgaben, die von 1100 Euro je Terminal und Monat auf monatlich „höchstens 250 Euro“ pro Gerät gesenkt werden sollen. Dies läuft allen Bemühungen zuwider, das Glücksspielangebot insgesamt zu reduzieren.

Weiterhin Missstände bei Spielautomaten

Grobe Missstände herrschen nach wie vor im Zusammenhang mit dem Automatenglücksspiel. Zwar gibt es immer wieder Kontrollen bei den zahlreichen Anbietern illegaler Automaten, doch die Betreiber nützen Gesetzeslücken aus, um der Behörde die Arbeit schwer zu machen. Die KPÖ sieht sich angesichts



der Automatenflut darin bestätigt, dem Glücksspielgesetz nicht zugestimmt zu haben. „Die Probleme waren vorhersehbar. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben trotz aller Warnungen seitens der KPÖ am Gesetz festgehalten. Nun ist es für Spielsüchtige, die ihr Geld an Automaten verspielen, teilweise sogar schlimmer geworden, weil die Anbieter abseits jeglicher Legalität agieren“, so Klimt-Weithaler.

Feinstaub und Verkehrskollaps: Schöne Worte – keine Konsequenzen

KPÖ-Dringliche zu Tiefgarage im Grazer Stadtzentrum

Die von der Grazer ÖVP-FPÖ-Stadtkoalition geplante Tiefgarage in der Grazer Innenstadt war am 10. Oktober Gegenstand einer Dringlichen Anfrage der KPÖ im Landtag. LAbg. Werner Murgg wies darauf hin, dass diese Garage in deutlichem Widerspruch zu allen Verkehrskonzepten des Landes und der Stadt Graz steht. Durch dieses Bauprojekt wird die Lebensqualität in der Grazer Innenstadt bedroht. Die automatisierte Anlage würde tausende Autos ins überlastete Stadtzentrum locken und die Feinstaubbelastung weiter erhöhen. Die Garage soll direkt unter dem Brunnen am Eisernen Tor errichtet werden und ab 2019 Platz für 300 Autos bieten. Insgesamt sollen laut Bürgermeister Nagl an diesem Standort mindestens 570 zusätzliche Parkplätze für den motorisierten Individualverkehr entstehen.

Die Belastung durch Stickstoffdioxid (NO₂) zählt neben Feinstaub (PM₁₀) zu den hauptsächlichen lufthygienischen Problemen in der Steiermark und insbesondere im Großraum Graz, betonte Werner Murgg. Hauptverursacher ist unbestritten der Kfz-Verkehr. Die zulässigen Überschreitungen des Grenzwerts waren heuer in Graz schon im Februar erreicht. Sowohl die Verkehrspolitische Leitlinie 2020 der Stadt Graz, das

Regionale Verkehrskonzept Graz-Graz Umgebung (RVK G-GU) als auch das Steirische Gesamtverkehrsprogramm (GVP), 2008 vom Landtag beschlossen, setzen auf sanfte Mobilität (Fuß-, Rad- und Öffentlicher Verkehr) und eine Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs. Parkmöglichkeiten seien vor allem an Eisenbahnen und Busachsen, keinesfalls im Zentrum zu schaffen. Alle Verkehrs- und Mobilitätskonzepte in jüngerer Zeit sind in Reaktion auf die ungezügelt zunehmende motorisierten Individualverkehrs entstanden.

In einem Antrag forderte die KPÖ vor dem Hintergrund des Grazer Garagenprojekts: „Der Landtag bekennt sich zu den verkehrspolitischen Zielen des Gesamtverkehrsplanes Steiermark und des Regionalverkehrskonzeptes Graz - Graz Umgebung und damit zur Priorisierung des Umweltverbundes (Fuß-, Rad-, öffentlicher Verkehr) vor dem motorisierten Individualverkehr.“ SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten gegen diesen Antrag, somit gegen die eigenen verkehrspolitischen Richtlinien – denn diese sind mit dem Garagenprojekt unvereinbar. Verkehrslandesrat Anton Lang (SPÖ) beteuerte, die Verkehrskonzepte hätten für ihn dennoch Gültigkeit. Das Land habe viel

gegen Feinstaub unternommen und hohe Summen investiert. Eine Tiefgarage wie das in Graz geplante Bauprojekt sei nur dann mit den verkehrspolitischen Zielen in Einklang zu bringen, wenn gleichzeitig entsprechend Flächen an der Oberfläche zur Verfügung gestellt werden, etwa für Radabstellplätze und Parkplätze

für Bewohner der Innenstadt. Werner Murgg: „Landesrat Lang drückt sich vor einer Entscheidung. Er bekennt sich zwar verbindlich zu den Verkehrskonzepten, die eine Zurückdrängung des Autoverkehrs aus der Innenstadt vorsehen. Konsequenzen werden daraus aber nicht gezogen.“

Neutralität

für immer!



Festveranstaltung der KPÖ
zum Neutralitätsfeiertag

Do. 26. Oktober 2017 – Beginn 9:30 Uhr

in Bruck/Mur – Eduard-Schwarz-Haus des ÖGB
Schillerstraße 22, 8600 Bruck an der Mur

Begrüßung: Jürgen Klösch (KPÖ-Gemeinderat in Bruck/Mur)

Festansprache: Fiona Kaiser
Landesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Oberösterreich

Programm mit dem **Ensemble des
Eisenbahner-Musikvereins Bruck**